

**Universität Trier / Politikwissenschaft
(Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre)
und
Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH**

**Arbeitspapiere zur Europäischen Integration /
Working Papers on European Integration**

Nr. 2 – Mai 2008

Joachim Schild

**Französische Europapolitik in einer verunsicherten
Gesellschaft.**

Soziale Identitäten, europapolitische Präferenzen
und Europadiskurse seit den 1980er Jahren.

ISSN 1865-2425

Universität Trier, FB-III / Politikwissenschaft; Universitätsring 15, D-54286 Trier
Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH, Europahausstraße, D-66620 Otzenhausen

E-Mail: schild@uni-trier.de

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Soziale Identität und Europapolitik in Frankreich	5
Die Ära Mitterrand: „Je mehr Europa, desto mehr Frankreich“	8
Maastricht und die Folgen	11
<i>Innenpolitische Kosten des „Europas von Maastricht“</i>	12
<i>Distanzierung der Sozialisten vom Erbe Mitterrands</i>	14
<i>Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit eines linken Europaprojekts</i>	15
<i>Erneuerung nationaler republikanischer Diskurse</i>	18
Osterweiterung und Verfassungsreferendum 2005: veränderte Perzeptionender EU	19
<i>Erweiterungsskepsis</i>	19
<i>Die Kampagne zum Verfassungsreferendum 2005</i>	21
<i>Soziologie des Abstimmungsverhaltens: Eine neue sozio-politische Konfliktlinie?</i>	23
<i>Veränderung sozialer Repräsentationen Europas</i>	24
Die Reaktion der politischen Eliten: Stärkung voluntaristischer Diskurse	26
Folgen für die Europapolitik	30
Literaturverzeichnis	35

„Europa wird nicht einfach ein erweitertes Frankreich sein. Es wird kein französischer Garten sein.“ (Elisabeth Guigou)¹

Einleitung

Viele Beobachter haben Frankreich Schwierigkeiten bei der Anpassung seiner Außen- und Europapolitik an die neue Situation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts attestiert (z. B. Cohen 1998; vgl. auch Bozo 2005). Zwar war ein konstanter, proaktiver Einsatz zugunsten der Europäischen Währungsunion (EWU) und zugunsten einer handlungsfähigen und strategisch autonomen europäischen Sicherheitspolitik zu beobachten; gleichwohl zeigte sich die französische Europapolitik nach 1990 zeitweise defensiv und misstrauisch gegenüber dem Wandel der Europäischen Union und ihres externen Umfelds (Müller-Brandeck-Bocquet 2004a). Frankreich sei seit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht zu einem „schwierigeren Partner“ geworden (Schwarzer 2005: 62). Dies wurde insbesondere am zögerlichen Umgang mit der Perspektive der Erweiterung der EU sichtbar, zunächst um die EFTA-Staaten (Schild 1994), dann in Richtung Osten (Deubner 1999; de la Serre 2004).

Neben anfänglichen konzeptionellen Unsicherheiten angesichts der neuen strategischen Situation in Europa ist seit den Europadebatten im Kontext des Maastrichter Vertrags auch eine verstärkte innergesellschaftliche Verunsicherung bezüglich der Fortentwicklung der Europäischen Union und der damit verbundenen „Europäisierung“ Frankreichs zu beobachten. Erweiterung wie Vertiefung der Europäischen Union stießen auf zum Teil erhebliche Skepsis, erstere bei weiten Teilen der Eliten und der öffentlichen Meinung, letztere in Teilen der Elite und Bevölkerung.

Schon in den 1990er Jahren hatte Vivien Schmidt konstatiert, dass linke wie rechte französische Regierungen auffällig erfolglos gewesen seien, einen kohärenten nationalen Diskurs darüber zu entwickeln, wie Frankreich sich im Rahmen einer überzeugenden Zukunftsvision in ein sich integrierendes Europa und eine globalisierte Welt einfügen kann (Schmidt 1997: 183). Schwierigkeiten bereitete nicht zuletzt die diskursive Verarbeitung des ökonomischen Liberalismus, wie er

1 Zitiert nach Holm 1996: 1. Alle Übersetzungen fremdsprachlicher Zitate stammen vom Autor.

in der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung der EU verankert ist und von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Gerichtshof gegen mitgliedstaatliche Widerstände auch durchgesetzt wird.

Dieses Problem der innergesellschaftlichen Verarbeitung von EU-Entwicklungen hat sich im zeitlichen Kontext der EU-Osterweiterung noch erheblich verschärft. Die Osterweiterung der EU 2004 und das europäische Verfassungsreferendum im Mai 2005 haben die Veränderung der EU im Rahmen einer breit geführten öffentlichen Diskussion in der französischen Gesellschaft besonders sichtbar werden lassen. Der negative Ausgang des EU-Verfassungsreferendums ist von einigen Beobachtern auch als Ergebnis einer gesellschaftlich nicht „verdauten“ Osterweiterung interpretiert worden.² Die Europäische Union ist, so eine in der Gesellschaft wie in der politischen Elite weit verbreitete Perzeption, seither weniger französisch. Definiert Frankreich seine Identität in der Folge auch als weniger europäisch?

Der Grad der Verunsicherung über den anzustrebenden Platz Frankreichs in Europa steht dabei in einer engen Wechselwirkung mit dem Ausmaß von Erschütterungen und Krisensymptomen des eigenen Sozial-, Wirtschafts- und Politikmodells sowie mit der verbreiteten Wahrnehmung, dass die europäische Einbindung der V. Republik in zunehmendem Maße zu einer Infragestellung von Kernmerkmalen ihrer wirtschaftlich-sozialen Identität beigetragen hat oder beitragen könnte. Soziale Identitäten von Kollektiven können, neben konkreten Interessenlagen, als wichtige Basis für gesellschaftlich beeinflusste Präferenzbildung staatlicher Akteure in der Europapolitik betrachtet werden. Eine wahrgenommene Inkongruenz zwischen sozialen Identitäten, der Realentwicklung europäischer Integration und ihrer Rückwirkung auf die französische Gesellschaft und Politik kann somit nicht folgenlos für die Gestaltung der französischen Europapolitik bleiben.

Die vorliegende Studie fragt danach, wie französische politische Eliten angesichts einer skeptischer gewordenen, verunsicherten Gesellschaft das Verhältnis Frankreichs zu einer erweiterten Europäischen Union in ihren Diskursen bestimmen, wie sich Elitendiskurse und gesellschaftliche Europaperzeptionen seit den 1980er Jahren gewandelt haben und welche Folgen sich daraus für die europapolitische Praxis der französischen Regierungen und des Staatspräsidenten ergeben können. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Perioden intensiver innergesell-

2 Vgl. hierzu mit weiteren Belegen Schild 2005.

schaftlicher Auseinandersetzungen mit Fragen europäischer Einigung und mit der „Europäisierung“ nationaler Politiken gelegt. In Bezug auf Phasen gesteigerter öffentlicher Aufmerksamkeit für Fragen europäischer Integrationsentwicklung werden öffentliche Debattenbeiträge analysiert, in Phasen einer weniger intensiven öffentlichen Auseinandersetzung um Europathemen werden in erster Linie Studien zur Haltung von Parteien zur europäischen Integration sowie programmatische Dokumente von Parteien berücksichtigt.

Soziale Identität und Europapolitik in Frankreich

Französische Europapolitik wird häufig in einer realistischen Tradition der Außenpolitikanalyse als „große Politik großer Männer“ analysiert, dominiert von der Persönlichkeit des jeweiligen Staatspräsidenten und definiert entlang langfristiger strategischer Interessen, die sich aus der Lagerung Frankreichs im internationalen System ergeben. Auch von Vertretern liberaler Theorien internationaler Beziehungen, die die außen- und europapolitische Präferenzbildung in innergesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen verankert sehen, wurde für Frankreich ein im internationalen Vergleich hoher Grad der Autonomisierung der Exekutivspitzen gegenüber Einflüssen der öffentlichen Meinung und der Gesellschaft festgestellt. Dies wurde mit der Schließung des exekutivlastigen und hochgradig machtkonzentrierenden politischen Systems der V. Republik gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen erklärt (Risse-Kappen 1991). Craig Parsons, Vertreter einer sozialkonstruktivistischen Sichtweise, verweist in einem historischen Überblick über zentrale Etappen französischer Integrationspolitik zwar auf eine phasenweise sehr intensive gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung zu Grundfragen der Europapolitik. Da diese aber vor allem zu innerparteilichen Konflikten auf der gemäßigten Linken und Rechten geführt hätten und somit gewissermaßen „quer“ zur Wettbewerbslogik des französischen Parteiensystems lagen, hätten die Exekutivspitzen gleichwohl ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Gesellschaft besessen. Diese Gestaltungsspielräume, so Parsons, wurden von überzeugten Europäern bei günstigen historischen Gelegenheiten auch konsequent und erfolgreich im Sinne einer aktiven europäischen Integrationsagenda genutzt (Parsons 2003).

Zwei Entwicklungen lassen dieses Bild einer hohen Autonomie von Staatspräsident und Regierung in der Gestaltung der Europapolitik jedoch als zunehmend

fragwürdig erscheinen. Zum einen hat die Integrationsbeschleunigung seit dem Binnenmarktprojekt der 1980er Jahre und der Verwirklichung der Währungsunion in den 1990er Jahren zu einer immer stärkeren „Tiefenwirkung“ europäischer Politik in Frankreich und zur Europäisierung einer wachsenden Zahl von Politikfeldern geführt (Balme/Woll 2005). Mit dieser Europäisierung des nationalstaatlichen Regierens waren nachhaltige Herausforderungen für das französische Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells verbunden. Dies gilt insbesondere für die starke Rolle des Staates und für die politisch-kulturell fest verwurzelten hohen Erwartungen und Ansprüche der Bürger an politische Steuerungsleistungen im Nationalstaat. Zum anderen haben die beiden Referenden zu europäischen Vertragsreformen im September 1992 (Maastrichter Verträge) und Mai 2005 (Vertrag über eine Verfassung für Europa) politische Gelegenheiten für polarisierende europapolitische Grundsatzdebatten geboten. Beide Referendumsdebatten waren, jenseits politisch-pragmatischer Nützlichkeitsabwägungen, in ihrem Kern gesellschaftliche Identitätsdebatten. Sie drehten sich nicht zuletzt um die Frage, inwieweit die französische Identität „europakompatibel“ ist beziehungsweise inwieweit sie als integraler Bestandteil einer europäischen Identität oder aber in Abgrenzung zu letzterer definiert und konstruiert werden kann.

Soziale Identitäten und Werte können im Sinne der Moravcsik'schen liberalen Theorievariante des „ideellen Liberalismus“ („ideational liberalism“) als wichtige Quelle der europapolitischen Präferenzbildung von Gesellschaften und ihren Regierungen betrachtet werden. Die für die Legitimation sozialer Ordnungen relevante Konfiguration sozialer Identitäten und Werte beeinflusst die gesellschaftlichen Präferenzen im Hinblick auf öffentliche Güter wie das Ausmaß und die Dichte sozioökonomischer Regulierung (z. B. wirtschaftspolitische, sozialpolitisch-wohlfahrtsstaatliche, umwelt- und Verbraucherschutzpolitische Regulierung), die präferierte Gestalt legitimer politischer Ordnungen oder auch die Festlegung der territorialen Grenzen des politischen Gemeinwesens (Moravcsik 1997: 525; Moravcsik 2003: 168-171). Der Einfluss dieser auf sozialen Identitäten und Werten gründenden ideellen Faktoren auf die europapolitische Präferenzbildung kann im Vergleich zu konkurrierenden Einflussfaktoren, v. a. wirtschaftlichen und strategischen Interessen, unterschiedlich stark ausfallen. Die Stärke des Einflusses ideeller Faktoren, ist nicht zuletzt davon abhängig, wie aus Sicht der Regierenden die Kosten-Nutzen-Bilanz einer (Nicht-)Berücksichtigung identitätsbasierter gesellschaftlicher Präferenzen ausfällt. Eine starke Berücksichtigung von auf sozialen Identitäten und Werten basierten gesellschaftlichen Präferenzen ist insbesondere dann zu erwarten, wenn diese:

- zu wichtigen Determinanten individueller Wahlentscheidungen werden;
- mit Aussicht auf Erfolg zur Verfolgung von taktischen oder strategischen Zwecken im Rahmen des Parteienwettbewerbs eingesetzt werden können;
- zur innerparteilichen Machteroberung oder –sicherung genutzt werden können.

Werden in innergesellschaftlichen Debatten Spannungsfelder zwischen wichtigen Elementen sozialer Identität und der Entwicklung der EU legitimations- und wählerwirksam thematisiert, so stehen Regierungen grundsätzlich zwei Handlungsmuster zu Gebote, um mit ihrer praktischen Europapolitik darauf zu reagieren: *Projektion* und *Bewahrung*.³ Sie können versuchen, zentrale Identitätselemente auf die EU-Ebene zu projizieren („upload“) und dort zu verankern und zu institutionalisieren. Oder sie versuchen, europäische Einflüsse auf die eigene Gesellschaft dort abzublocken oder in ihrer Wirkung zu minimieren, wo diese tradierte und gesellschaftlich breit verankerte soziale Identitätselemente in Frage stellen.

Folgende Teildimensionen sozialer Identität sind für die Grundausrichtung der Europapolitik (potentiell) relevant: die externe (Staats-)Identität, die sozioökonomische Identität, die politische Identität im Sinne eines präferierten politischen Ordnungsmodells sowie die territoriale Identität.

Eine EU, die am ehesten einem „französischen Garten“ entspräche, also nach dem Bilde Frankreichs geformt wäre, trüge im Sinne der oben genannten Identitätsdimensionen in etwa folgende Züge (vgl. auch Stahl 2006).

Tabelle 1: Identitätsdimensionen eines Europa „à la française“

<i>Außen- / sicherheitspolitische Identität</i>	<i>Sozioökonomische Identität/ Wirtschaftliches Ordnungsmodell</i>	<i>Politisches Ordnungsmodell</i>	<i>Geographische Identität</i>
EU als „Großmacht“	Primat der Politik gegenüber Wirtschaft / Soziales Europa	Dominanz der Exekutive	EU mit klar definierter politisch-territorialer Identität

Europa wäre dann am ehesten als eine Art größeres Frankreich zu betrachten, wenn es sich analog zum außenpolitischen Rollenverständnis der V. Republik als aktive Großmacht in der internationalen Politik definieren würde, dem Leitbild einer „Europe puissance“ folgte und die USA mit dem Strukturziel einer multipolaren Weltordnung ausbalancierte. Auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet würde ein

3 Zur gesellschaftlichen „Domestizierung“ der Außen- und Europapolitik im Sinne einer Bindung der nationalen Exekutive durch andere innerstaatliche Akteure sowie im Sinne einer Doppelstrategie der Bewahrung nationaler politischer Strukturmerkmale und ihrer Projektion auf die europäische Ebene vgl. Harnisch 2006.

solches Europa den Primat der Politik sowohl gegenüber den Marktkräften als auch gegenüber nicht-gewählten „Brüsseler Technokraten“ zur Geltung bringen und entsprechende Interventionsinstrumente bereithalten und auch den Mitgliedstaaten den Einsatz staatlicher Steuerungsmittel nicht verwehren. Auf der Ebene des politischen Ordnungsmodells oder der Verfassungsideen (Jachtenfuchs 2002) wäre eine Korrespondenz der französischen und europäischen Ordnung mit einer Betonung exekutiver Macht auf beiden Ebenen verbunden (Holm 1996: 26), als Ausdruck einer gleichsam „monarchischen“ Vorstellung von Macht und ihrer Ausübung. Institutionell kommt dies in einer zentralen Rolle und Funktion des Europäischen Rates und des Rates zum Ausdruck. Im Hinblick auf die geographische Identität wäre die EU dann Frankreich am ähnlichsten, wenn sie dank einer Stabilisierung ihrer Grenzen die Herausbildung einer politischen Identität auf der Grundlage eines *politisch* definierten Projekts der Europäer befördern würde.

Es ist davon auszugehen, dass von den genannten Dimensionen sozialer Identität die wirtschaftlich-soziale die kritischste für die europapolitischen Gestaltungsspielräume der nationalen Exekutive ist. Ihre Bedeutung für innenpolitische Willensbildungsprozesse, insbesondere für individuelle Wahlentscheidungen, ist höher zu veranschlagen als diejenige der anderen genannten Dimensionen.

Im Folgenden soll, beginnend mit der Mitterrand-Ära, ein knapper Überblick darüber gegeben werden, in welchem Ausmaß Kernelemente der sozialen Identität Frankreichs als mit der Entwicklung der EG/EU kompatibel wahrgenommen bzw. von den Staatspräsidenten und Regierungen in ihren Diskursen als kompatibel dargestellt wurden und in welcher Weise bewahrende oder projizierende Strategien der Europapolitik diese Kompatibilität zu erhöhen trachteten. Aufgrund ihrer herausgehobenen Bedeutung für die Innenpolitik wird dabei ein besonderes Augenmerk auf die sozio-ökonomische Dimension sozialer Identität gelegt.

Die Ära Mitterrand: „Je mehr Europa, desto mehr Frankreich“

Nach dem Scheitern einer im nationalen Rahmen angesiedelten linkskeynesianischen Wirtschaftspolitik zu Beginn der 1980er Jahre zeichnete sich die erste Präsidentschaft François Mitterrands ab 1984 durch eine prononciert positive Bezugnahme auf die Europäische Gemeinschaft als neuem Handlungshorizont französischer Politik aus. Europapolitik wurde „zum neuen Herzstück seiner Politik“ (Ross 1998: 2). Damit waren eine europäische Umdeutung französischer Identi-

tät (Holm 1996: 13ff.; vgl. auch Risse 2002) und ein Diskurswandel des sozialistischen Staatspräsidenten und auch der sozialistischen Partei verbunden. Für diese wurde die integrationsoffene Grundhaltung geradezu zum „Lückenfüller“ für die ideologische Leerstelle nach dem radikalen Kurswechsel zu einem wirtschaftspolitischen Austeritätskurs nach 1983, der intellektuell und programmatisch kaum wirklich verarbeitet wurde. Sozialistische Diskurse wurden durch einen europäischen Modernisierungsdiskurs ersetzt, durch den „Dreiklang ‚Europa-Modernisierung-sozialer Fortschritt‘“ (Guérot 1996: 426).

Allerdings konnte dieser proeuropäische Schwenk und die Unterstützung des Binnenmarktprogramms gegenüber der französischen Bevölkerung nicht allein mit Verweis auf ökonomische Kosten-Nutzen-Kalküle erklärt und legitimiert werden. „Je mehr ökonomisches Markteuropa, desto mehr Frankreich“ kann als Legitimationsmuster in einer politischen Kultur kaum funktionieren, die von einer tiefen Skepsis gegenüber liberalen Ordnungsmodellen geprägt ist (Holm 1996: 16; s. auch Chopin 2006). Ein in vielerlei Hinsicht ordoliberaleres EU-Politikmodell zur Binnenmarktverwirklichung und –absicherung stand traditionellen französischen Vorstellungen über die Gestaltung von Staat-Markt-Beziehungen und dem in Frankreich gepflegten „heroischen Politikstil“ (Hayward 1982) ebenso fremd gegenüber wie das mit dem Binnenmarktprogramm verbundene Setzen der EU auf regulative statt dirigistisch-interventionistische Formen der Politikgestaltung und Marktflankierung. Im Rückblick kann es nur erstaunen, dass eine im Kern (neo)-liberale Agenda, vorangetrieben durch eine neuinterpretierte Wettbewerbspolitik der Kommission, die Binnenmarktgesetzgebung des Rates und eine Rechtsprechung des EuGH im Sinne einer weiten Auslegung der vier Binnenmarktfreiheiten in Frankreich zumindest in den 1980er Jahren nicht auf entscheidendere innergesellschaftliche und innenpolitische Widerstände gestoßen ist.

Die Kompatibilität des französischen Modells mit dem europäischen konnte allerdings durch einen partiellen Transfer des französischen „High Tech-Colbertismus“ (Cohen 1992) auf die europäische Ebene unterstrichen werden. Es gelang Frankreich (gemeinsam mit einer aktiven EG-Kommission), Hochtechnologieprogramme auf europäischer Ebene zu verankern, teils auf der Gemeinschaftsebene (wie ESPRIT und RACE), teils in einem erweiterten europäischen Rahmen (Eureka).⁴

4 Vgl. hierzu das Memorandum der französischen Regierung an den Rat der Europäischen Gemeinschaften vom 12. September 1983 zur gemeinsamen Industrie- und Forschungspolitik, in: Europa-Archiv, Folge 24/1983, S. D 695-D701.

Der Europa- und Modernisierungsdiskurs seit Mitte der 1980er konnte für die französischen Sozialisten allerdings kein vollwertiger und dauerhaft akzeptierter Ersatz für den sozialistischen Diskurs der 1970er Jahre sein. Die gesellschaftliche Wirkung dieses Europadiskurses hing auf der politischen Linken davon ab, dass die Europäische Gemeinschaft nicht dauerhaft als ein politisches Gebilde wahrgenommen wird, das Marktvertiefung einseitig zu Lasten sozialer Ziele und Schutzstandards vorantreibt. So wurde das liberale Binnenmarktprojekt von seinen Befürwortern, allen voran von seinem Architekten Jacques Delors, meist als ein erster Schritt dargestellt, der von der Entwicklung eines „sozialen Europas“ begleitet werden sollte (Delors 2004: 239). Die von Delors betriebene Öffnung des EG-Vertrags für die Möglichkeit sozialpolitischer Regelsetzung durch eine neokorporatistische Konzertierung der Sozialpartner auf europäischer Ebene sowie die Verabschiedung einer europäischen Sozialcharta 1989 zeugen von diesem Anliegen.

Die PS bemühte sich auf ihrem Parteitag in Lille 1987 ganz in diesem Sinne, das Binnenmarktprogramm nicht als Liberalisierungsprojekt erscheinen zu lassen, sondern als Etappe auf dem Weg zu einem europäischen Sozialraum (Wielgoß 2002: 71). Doch während die Binnenmarktstrategie sich als Form der „negativen Integration“ als durchschlagender Erfolg erwies und wesentlich zur wirtschaftlichen wie politischen Redynamisierung der europäischen Integration beitrug, konnte das „soziale Europa“ als Form der „positiven Integration“ (Scharpf 1999, Kap. 2) damit nicht Schritt halten. Hierin lag eine Achillesferse insbesondere (aber nicht nur) der sozialistischen Europarhetorik in Frankreich.

Der Zeitabschnitt von der Hinwendung Mitterrands zu einer aktiven Integrationsagenda 1984 bis zur Referendumsdebatte um den Maastrichter Vertrag 1992 kann als Phase eines recht breiten Europakonsenses auf Elitenebene betrachtet werden, dem auch eine Hochphase der Unterstützung europäischer Integration in der öffentlichen Meinung entsprach.⁵ Im Präsidentschaftswahlkampf 1988 wurde eine positive Bezugnahme auf die EU geradezu zu einem Muss für ernsthaftere Präsidentschaftskandidaten, europapolitische Positionierungen hatten für den innenpolitischen Wettbewerb an Bedeutung gewonnen.

"[...] the late 1980s in France witnessed the most remarkable period of popular enthusiasm for European integration ever experienced in what was described as a traditionally pro-European country. [...] By far the

5 Vgl. die Längsschnitt-Auswertung von Eurobarometerdaten in Schild 2001: 332.

most notable characteristic of the European debate at the end of the decade, however, was the fact that it has been 'nationalised': absorbed and processed by the internal political debate. It was no longer discussed as a foreign policy issue and neither was it embedded in the context of the 'cold war': it had become a domestic matter" (Benoit 1997: 7).

Der proeuropäische Elitekonsens beruhte auf der Grundlage eines euroliberalen Paradigmas und war in der politischen, Wirtschafts- und nicht zuletzt in der Verwaltungselite breit verankert (Muller 1992). Allerdings waren nach der Präsidentschaftswahl 1988 erste Risse im neogaullistischen Lager zu verzeichnen, in dem die Vertreter eines „sozialen Gaullismus“, an ihrer Spitze Philippe Séguin und Charles Pasqua, eine eigene Parteiströmung gründeten, die aus der euroliberalen Orthodoxie ausscherte. Sie wurden konsequenter Weise auch zu führenden Vertretern der Maastricht-Gegner.

Maastricht und die Folgen

Insbesondere Philippe Séguin, wichtigster Wortführer der Maastricht-Gegner in der Referendumskampagne zur Vertragsratifizierung, dramatisierte die Auseinandersetzung um den Maastrichter Vertrag und die Währungsunion rhetorisch geschickt als Kampf um die Bewahrung der sakrosankten und unteilbaren nationalen Souveränität (Joas 1996: 334ff.). Er porträtierte dieses Vertragswerk als Generalangriff auf den Kernbestand der nationalen republikanischen Identität und die Grundprinzipien der Französischen Revolution (ein „anti-1789“), ja als eine „Zerstörung der Seele Frankreichs“.⁶

Gewiss gelang es den Befürwortern des Maastrichter Vertrags, die Unterstützung einer hauchdünnen Mehrheit der Referendumsteilnehmer (51 %) zugunsten der Ratifizierung zu erreichen. Diese breit und intensiv geführte Auseinandersetzung um den Vertrag von Maastricht (Bock 1992; Stahl 2006: 125-141) kann im Rückblick gleichwohl als ein erster Wendepunkt in der Wahrnehmung und gesellschaftlichen und politischen Verarbeitung europäischer Integration in Frankreich verstanden werden. Der in der Referendumsdebatte überdeutlich sichtbar gewordene Riss zwischen den dominanten Strömungen der „Herzens- und Verstan-

6 „Elle (Europa, JS) enterre la conception de la souveraineté nationale et les grands principes issus de la Révolution: 1992 est littéralement l'anti 1789“. Dieser zentrale Referenztext, den Séguin als „Discours pour la France“ auch in Buchform veröffentlichte, entstand als Parlamentsrede und ist nicht zuletzt vom engsten Präsidentenberater des heutigen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozys, Henri Guiano, beeinflusst. Der Redetext ist abrufbar unter: www.senat.fr/evenement/revision/seguin05051992.html.

deseuropäer“ (Goulard 2002) einerseits und den Nationalrepublikanern und „Souveränisten“ andererseits prägte die späteren Debatten um konkrete Fragen der Europapolitik ebenso wie die tiefer reichenden Identitätsdiskurse.

Diese Spaltungslinie erwies sich auch als folgenreich für die Parteienlandschaft. Sowohl für die rechtsextreme Partei *Front national* von Jean-Marie Le Pen als auch für die seit den 1990er Jahren bei Europa- und Präsidentschaftswahlen erfolgreichen trotzkistischen Listen und Kandidaten gehört der Kampf gegen die europäische Integration zum Standardrepertoire. Der Konflikt um die Europapolitik hat zudem zu Abspaltungen von etablierten Parteien geführt in Form des antieuropäischen *Mouvement pour la France* um den erzkatholischen Ex-UDF-Abgeordneten Philippe de Villiers, des *Rassemblement pour la France* um Charles Pasqua (zu Beginn gemeinsam mit de Villiers) als Abspaltung von den Neogaullisten und der linksrepublikanischen Bürgerbewegung um den Ex-Sozialisten und Nationalrepublikaner Jean-Pierre Chevènement (*Mouvement des citoyens*, inzwischen unter dem Namen *Mouvement républicain et citoyen*) als Abspaltung von der *Parti socialiste*. Somit konnte sich ein minoritärer nationalrepublikanischer und europaskeptischer Diskurs verfestigen und fand in diesen neuen Parteiformationen seinen institutionalisierten Ausdruck. Seine Vertreter waren allerdings nicht nur an den politischen Rändern, sondern auch innerhalb der Parteien der gemäßigten Rechten und Linken zu finden.

Innenpolitische Kosten des „Europas von Maastricht“

Der temporäre euroliberale Konsens der 1980er gehörte damit nach 1992 der Vergangenheit an. Die seit Oktober 1995 von Staatspräsident Chirac und Premierminister Alain Juppé gegen alle Wahlversprechen praktizierte Politik der Haushaltskonsolidierung auf dem Weg zur Währungsunion und zur Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien stieß auf wachsende Kritik. Die europäische Währungsunion wurde von ihren Gegnern als inakzeptable Beschränkung politischer Handlungsoptionen gewählter Politiker zugunsten von Technokraten der Europäischen Zentralbank und als Verstärker der „*fracture sociale*“ gegeißelt, des sozialen Bruchs, den zu verringern Chirac in seinem Wahlkampf 1995 angetreten war. Die seit Jahren betriebene Wirtschaftspolitik einer „kompetitiven Desinflation“ mit einem starken, fest an die DM gekoppelten Franc, nun noch verschärft durch die Verpflichtung zum Abbau von Haushaltsdefiziten, wurde von der sozialgaullistischen Rechten wie der nationalrepublikanischen Linken als wirtschaftspolitisches Einheitsdenken („*pensée unique*“) denunziert, der eine „andere Politik“ gegenübergestellt wurde (Dyson 1999: 121). Dieser Weg zur europäischen

Währungsunion war aufgrund der restriktiveren Fiskalpolitik mit temporären Wachstumseinbußen und bis 1997 mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit auf über 12 % verbunden (von 9% in 1990).⁷ In diesem Kontext wurde die Unterstützung der Währungsunion, dem zentralen europäischen Integrationsprojekt der 1990er Jahre, für französische Politiker geradezu zu einem Lackmустest für ihre Bereitschaft, sich an der Suche nach regierungsfähigen politischen Mehrheiten zu beteiligen (Dyson 1999: 118).

Die innenpolitischen Kosten einer „maastrichtkonformen“ Wirtschafts- und Haushaltspolitik unter Chirac erwiesen sich als sehr hoch. Der im Oktober 1995 von Chirac und seinem Premierminister Juppé eingeleitete Schwenk zur Haushaltskonsolidierung und Sozialstaatsreformen führte zu einer der größten Protestbewegungen im Nachkriegsfrankreich, der Streik- und Protestwelle Ende 1995, die über Wochen das ganze Land lahmlegte. Diese Streik- und Protestbewegung gilt als Gründungsmoment der französischen Anti-Globalisierungsbewegung (Contamin 2005). Ihre Anführer geißelten wortreich die Folgen des „Europa von Maastricht“, insbesondere die Haushaltszwänge, die sich aus den vertraglich verankerten Konvergenzkriterien zur Verwirklichung der Währungsunion ergaben. Im Rahmen dieser Protestbewegung wurde, anders als im Kontext des Maastricht-Referendums, erstmals die Kritik an einem „liberalen Europa“ ins Zentrum gerückt, das einem „Europa der Bürger und der sozialen und wirtschaftlichen Rechte“ gegenübergestellt wurde (Crespy 2008: 30). In den Reihen der entstehenden Anti-Globalisierungsbewegung wurde das „Europa von Maastricht“ als Teil des Problems, nicht als Teil der Lösung im Sinne der EU als politische Handlungsebene zur Abwehr negativer Globalisierungsfolgen definiert. Dieser Massenprotest kann als Ausdruck eines Festhaltens am französischen Sozialmodell mit starken *services publics* und als Beginn der Definition von sozialen Fragen in Begriffen nationaler Identität betrachtet werden (Benoit 1997: 85). Die 1995er Protestbewegung trug nicht unwesentlich zum Mehrheitsverlust der gemäßigten Rechten bei der vorgezogenen Parlamentswahl 1997 bei.

Unter diesen erschwerten innenpolitischen und innergesellschaftlichen Bedingungen war es kein Leichtes für die Regierungseliten, die Bürger von einer Identität von französischen und europäischen Zielen zu überzeugen. Die regierende Rechte nahm die in der Streikbewegung vom Dezember 1995 artikulierte Kritik an einem „unsozialen“ Europa auf und versuchte mit einem „Memorandum für ein europäisches Sozialmodell“ vom März 1996 ihre europäischen Partner für

7 Vgl. INSEE, *Annuaire statistique de la France*, versch. Ausgaben.

eine aktivere Industriepolitik, eine europäische Beschäftigungspolitik und eine europäische Bekämpfung des „Sozialdumpings“ zu gewinnen. In dem Memorandum warnte sie nicht nur vor sozialer Ausgrenzung und dem Entstehen einer „Gesellschaftsklasse in Angst“, sondern sprach sich auch für eine Charta der Grundrechte aus, die die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Bürger kodifiziert und die öffentliche Erbringung von Dienstleistungen (*services publics*) vor der „übermäßigen und wahllosen Anwendung der Wettbewerbsregeln“ des Binnenmarktes schützt.⁸ Das eigene Wirtschafts- und Sozialmodell sollte somit sowohl partiell auf die europäische Ebene projiziert, aber auch auf nationaler Ebene vor unerwünschten EU-Einflüssen bewahrt werden.

Distanzierung der Sozialisten vom Erbe Mitterrands

Auf der politischen Linken wurde der Topos der EU als Schutzschild im Kampf gegen unerwünschte wirtschaftliche, soziale und ökologische Globalisierungsfolgen verstärkt in den Diskurs eingeführt. Die europäische politische Handlungs- und Gestaltungsebene sei als geeigneter Rahmen für die Behauptung politischer Steuerungs- und Regulierungsfähigkeit in global vernetzten Wirtschaftsräumen zu betrachten – nach innen in Form einer Marktregulierung, nach außen in der politischen Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen und durch eine Stärkung regulierender Funktionen internationaler Organisationen wie der WTO und der Bretton Woods-Institutionen IWF und Weltbank (vgl. etwa Moscovici 2001).

Nach ihrem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung 1993 stellte die *Parti socialiste* ihr Eintreten für ein „soziales Europa“ zunehmend in den Mittelpunkt ihrer europapolitischen Oppositionsstrategie. Die Forderung nach einem „sozialen Europa“ wurde geradezu zu einem Kernelement der PS-Identität (Crespy 2008: 31). Der PS-Parteitag in Le Bourget 1993 leitete einen Positionswandel in der Europapolitik der Partei ein, der insbesondere durch ihre wachsende Kritik an der „neoliberalen“ Ausrichtung des Integrationsprojekts und in wachsender Distanz zum Maastrichter Vertrag zum Ausdruck kam (Wielgoß 2002: 84).⁹ Die konkreten Forderungen der PS zielten vielfach auf europäische soziale Mindestnormen oder gar Vollharmonisierungsschritte ab. Michel Rocard sprach sich als Spitzenkandi-

8 Vgl. Französisches Memorandum für ein europäisches Sozialmodell, in Auszügen dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41 (1996) 5, S. 632-636, hier: S. 633 und 635.

9 Dies kommt schon in den Titeln der europapolitischen Leitanträge der PS auf Parteitagen zum Ausdruck. Stand der Leitantrag auf dem Parteitag Le Bourget 1993 noch unter dem Motto „prolonger et dépasser Maastricht“ (Maastricht verlängern und überwinden), so hieß es im Mehrheitsantrag des Parteitags von Liévain 1994 nur mehr „dépasser Maastricht“ (Maastricht überwinden, s. Wielgoß 2002: 86).

dat der Sozialisten im Europawahlkampf 1994 für eine europaweite Einführung der Vier-Tage-Woche aus, und der außerordentliche Europaparteitag der PS 1994 forderte soziale Mindestnormen im Bereich von Löhnen, Arbeitsbedingungen, Gleichstellung von Mann und Frau und sowie europäische Steuerharmonisierungsschritte. Viele dieser Forderungen – mit Ausnahme der Gleichstellungsanliegen – zeichneten sich dadurch aus, dass sie auf europäischer Ebene nicht ansatzweise mehrheitsfähig waren – und dies schon vor der Osterweiterung! Der internationale Sekretär der PS, Gérard Fuchs, warnte seine Genossen denn auch vor einer europäischen Isolierung, insbesondere in der Arbeitszeitfrage (Wielgoß 2002: 85, Fn. 326).

Die zunehmend ambivalente Haltung der PS zum Erbe Mitterrands kam insbesondere in ihrer Haltung zur Europäischen Währungsunion (EWU) zum Ausdruck, Kernstück des Maastrichter Vertrages und zentrales Anliegen der Mitterrand'schen Europapolitik. Das Tabu der EWU-Kritik fiel 1997 in der Parlamentswahlkampagne. Die Partei formulierte Bedingungen für den Start der Währungsunion: Teilnahme Spaniens und Italiens; Institutionalisierung einer „Wirtschaftsregierung“ (*gouvernement économique*) als politisches Gegengewicht zur europäischen Zentralbank; ein Bündnis für Wachstum und Solidarität anstelle des von Deutschland 1996/97 durchgesetzten europäischen Stabilitätspaktes; keine Überbewertung des Euro gegenüber dem Dollar. Die Formulierung dieser kritischen und in Teilen nicht zu erfüllenden Prüfkriterien für die Einführung des Euro war nicht zuletzt Ausdruck des Stellenwerts dieses Themas im Wahlkampf 1997 und gleichzeitig ein Instrument, das europapolitisch heterogene Linksbündnis der „gauche plurielle“ im Wahlkampf in einer politischen Kernfrage auf eine gemeinsame Linie zu verpflichten.¹⁰ In der zugespitzten Wahlkampfdiktion des PS-Vorsitzenden Lionel Jospin ging es darum, dem „Europa der Banker“ ein „Europa des Volkes“ entgegenzusetzen (Ross 1998b: 17).

Grenzen der Durchsetzungsfähigkeit eines linken Europaprojekts

Die Regierung der „pluralen Linken“ (1997-2002) unter Führung von Premierminister Lionel Jospin konnte für eine kurze Periode den Eindruck vermitteln, dass der politische und wirtschaftliche Ordnungsrahmen der Europäischen Union mit linken Inhalten gefüllt werden könnte, wenn – wie seit dem Machtwechsel in Deutschland 1998 – linke Regierungen die Mehrheit in der EU stellten und insbe-

10 Vgl. hierzu die Darstellung des an der innerparteilichen und zwischenparteilichen Abstimmung der Positionen zur Währungsunion in führender Position beteiligten Europaexperten der PS, Pierre Moscovici 2001: 59-63.

sondere in den großen Mitgliedstaaten an der Macht sind. Aber die Hoffnungen auf eine aktive Beschäftigungspolitik, auf ernsthafte Diskussionen mit der EZB über den richtigen „policy-mix“ zwischen Geld- und Fiskalpolitik auf europäischer Ebene sowie auf ein aktives Wechselkursmanagement zur Beeinflussung des Außenwerts des Euro gegenüber dem Dollar erhielten rasch einen empfindlichen Dämpfer: Mit dem Rücktritt von Bundesfinanzminister und SPD-Chef Oskar Lafontaine kam der entscheidende Verbündete für eine eurokeyensianische Strategie und für eine Einforderung des Primats der Politik gegenüber der Europäischen Zentralbank abhanden, die französische Regierung konnte ihren EWU-Diskurs nicht länger als Bestandteil des europäischen *mainstreams* betrachten (Dyson 1999: 133). Zudem waren die staatsgläubigen und interventionistischen politischen Konzepte der französischen Linken kaum mehrheitsfähig innerhalb einer europäischen Sozialdemokratie, die konzeptionelle neue Wege ging und über einen „Dritten Weg“ in Zeiten der Globalisierung sowie über Formen einer aktivierenden statt nachsorgenden Sozialpolitik diskutierte.

Die Regierung Jospin gelang es nur sehr partiell, ihre sozial- und wirtschaftspolitische Europaagenda durchzusetzen. Auf der „Haben-Seite“ ihrer europapolitischen Bilanz konnte sie die Verankerung eines Beschäftigungskapitels im Vertrag von Amsterdam verbuchen, ebenso die Umbenennung des von Deutschland durchgesetzten Stabilitätspaktes in „Stabilitäts- und Wachstumspakt“, die Veranstaltung eines EU-Beschäftigungsgipfels in Luxemburg (November 1997) und das während der französischen Ratspräsidentschaft 2000 auf dem Gipfel von Nizza verabschiedete Dokument zur „Europäischen Sozialagenda“.¹¹ Auch gelang es ihr, die *services publics* – und damit ein identitätsstiftendes nationales Instrument wirtschaftlicher *gouvernance* und Muster der Organisation von Staat-Gesellschafts-Beziehungen (Balme/Woll 2005: 397) – im Sinne einer bewahrenden Politik auf europäischer Ebene rechtlich besser abzusichern. In den Amsterdamer Vertrag wurde 1997 ein Artikel zu „Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ eingefügt (Art. 16 EUV i.d.F. von Nizza). Weitergehende Forderungen nach einem präziseren gemeinschaftlichen Rechtsrahmen in Form einer europäischen Richtlinie zur Konsolidierung dieser durch das EU-

11 Vgl. Rat der Europäischen Union, Generalsekretariat, Europäische Sozialagenda, Dezember 2000, Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen der EU, abrufbar unter: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/librairie/PDF/SocialAgenda_DE.pdf.

Wettbewerbsrecht unter Druck geratenen *services publics*¹² – PTT, EDF-GDF, SNCF (Cole 1999) – ließen sich jedoch bis heute nicht durchsetzen.

Für die öffentliche Wahrnehmung der sozialen Dimension europäischer Integration waren weniger solche, zum Teil eher symbolischen Erfolge bei der Herbeiführung europäischer Beschlüsse von Bedeutung. Ungleich stärkere öffentliche Beachtung fanden hochmediatisierte und -politisierte Beispiele von Arbeitsplatzverlagerungen und Werksschließungen profitabler Unternehmen, wie etwa beim Reifenhersteller Michelin 1999 oder bei Renault am belgischen Standort Vilvoorde 1997. Besonders letzteres Beispiel wurde nicht nur in Belgien, sondern auch in Frankreich vielfach als Negativbeispiel rücksichtsloser Profitmaximierung im Binnenmarkt interpretiert.¹³

Die Erfahrung einer ungleich höheren Geschwindigkeit und Sichtbarkeit europäischer Marktintegration im Vergleich zu den weniger symbolträchtigen und sichtbaren sozialpolitischen Fortschritten der Union, ließ den Delors'schen Gleichklang von Marktschaffung und sozialem Europa an Überzeugungskraft verlieren. Auch auf dem Gebiet einer aktiven Beschäftigungspolitik durch europäische Investitionsprogramme, die die Sozialisten ebenso forderten wie einen europäischen Wachstumsfonds, gab es kaum Fortschritte. Das eher klägliche Scheitern der letzten großen Initiative von Jacques Delors mit dem „Weißbuch Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ von 1993, das unter anderem umfangreiche EU-Investitionen in transeuropäische Netze vorsah, legte Zeugnis von den politischen Durchsetzungsschwierigkeiten für Politikmuster ab, die die sozialistische Regierung Mauroy schon in ihrem industriepolitischen Memorandum von 1983 gefordert hatte. Der „Colbertisme high tech“ mit staatlich initiierten und großzügig durch staatliche Beihilfen unterstützten Großprojekten konnte nicht nur nicht auf die europäische Ebene übertragen werden, sondern kam zudem aufgrund der strengeren EU-Beihilfenkontrolle auch national unter Druck.

12 Vgl. die europapolitische Grundsatzrede von Premierminister Lionel Jospin im Centre d'accueil de la presse étrangère, Paris 28.5.2001, dokumentiert in: Lionel Jospin: *Ma vision de l'Europe et de la mondialisation*, Paris: Plon 2001 (Les notes de la Fondation Jean-Jaurès. 25), hier: S. 56.

13 Hierüber schreibt Moscovici: „(...) gewisse als schmerzlich erfahrene Episoden – ich denke an Renault-Vilvoorde – konnten Ende der 1990er Jahre als Gegenbeispiel eines Europas interpretiert werden, das auf Kosten der sozialen Integration gebaut wird“ (Moscovici 2001: 75).

Erneuerung nationaler republikanischer Diskurse

Nachdem schon Jacques Chirac 1995 mit dem Versprechen einer Erneuerung des (nationalen) republikanischen Paktes seinen Präsidentschaftswahlkampf bestritten hatte, war auch die bislang letzte Regierungsphase der Linken unter Jospin 1997-2002 durch eine Erneuerung des auf die französische Nation bezogenen republikanischen Diskurses geprägt. Dieser kann auch als Reaktion auf die Probleme interpretiert werden, französische Muster der Wirtschaftspolitik und der Bewahrung des sozialen Zusammenhalts auf die europäische Ebene zu exportieren. Diese auch in der intellektuellen Debatte und der Presse zu beobachtende Erneuerung republikanischer Diskurse, gekoppelt mit einer vehementen Neoliberalismuskritik (Beilecke 1999), konnte nicht ohne Folgen für den Europadiskurs bleiben.

Auf Seiten der Sozialisten war schon seit ihrem außerordentlichen Parteitag im März 1996 eine Mischung aus neuerlicher Betonung der Nation und nationalem Sendungsbewusstsein auf europäischer Ebene erkennbar geworden. So heißt es in einem bezeichnenderweise „Europa wieder einen Sinn verleihen“ („Redonner un sens à l'Europe“) überschriebenen und vom Parteitag verabschiedeten Positionspapier:

„Die Sozialisten wollen aus der Kraft und Identität Frankreichs einen Trumpf für Europa im Kontext der Globalisierung machen. Neben seiner Geschichte und Kultur speist sich die Einzigartigkeit Frankreichs aus der Kraft der Werte der Republik, aus der Kohäsion seines sozialen Paktes und aus der Laizität, aus seinem Modell der Integration, aus der Rolle der *services publics* und der Bedeutung der öffentlichen Politiken“ (zitiert nach Wielgoß 2002: 87, Übers. JS).

Auch der politischen Rechten gelang es kaum, die innerstaatliche und europäische Marktliberalisierung im Rahmen eines positiven Zukunftsentwurfs überzeugend zu rechtfertigen. Nach der Erfahrung ihrer Wahlniederlage von 1988, nach der ökonomisch liberalsten Phase ihrer Nachkriegsgeschichte, kehrte sie zu einer marktkritischeren Grundposition zurück. Die Marktkritik in den Reihen der gemäßigten Rechten gipfelte in der vielzitierten Äußerung Jacques Chiracs gegenüber dem Buchautor Pierre Péan (2007: 459): „Ich bin überzeugt, dass der Liberalismus genauso zum Scheitern verurteilt ist wie der Kommunismus, und dass er zu

den gleichen Exzessen führen wird. Beide sind Persionen des menschlichen Denkens".¹⁴

Allerdings unterscheidet sich die Situation in den Reihen der Neogaullisten deutlich von derjenigen bei den Sozialisten. Der politische Bedeutungsverlust des sozialgaullistischen Flügels der RPR bzw. ihrer Nachfolgerpartei UMP nach der Abspaltung der RPF unter Charles Pasqua und dem Rückzug Philippe Séguins aus dem aktiven politischen Geschäft hat die europapolitische Kohäsion der gemäßigten Rechten deutlich gesteigert. In den Reihen der Sozialisten hingegen entwickelten sich europapolitische Themen, wie schon in den 1970er Jahren (Lemaire-Prosche 1990), nach dem Schock der verlorenen Präsidentschaftswahl 2002 zunehmend zum Gegenstand von Kontroversen und zum Vehikel innerparteilicher Machterwerbs- und Strömungsstrategien.

Damit bot sich bis zum europäischen Verfassungsreferendum 2005 ein gewissermaßen spiegelverkehrtes Bild der Situation, die im Kontext des Maastricht-Referendums zu beobachten war: Eine innerlich in Fragen der Europapolitik zunehmend zerrissene PS stand einer weitgehend geschlossenen gemäßigt-rechten Präsidentenpartei UMP gegenüber.

Osterweiterung und Verfassungsreferendum 2005: veränderte Perzeptionen der EU

Erweiterungsskepsis

Im zeitlichen Umfeld der EU-Osterweiterung setzte in der politischen Elite wie auch in einer breiteren Öffentlichkeit ein Prozess des Perzeptionswandels im Hinblick auf die europäische Integration ein. Auf Elitenebene waren schon im Jahr 2000 die Verhandlungen zum Reformvertrag von Nizza und ihr Kerngegenstand, die Stimmenneugewichtung im Rat, zum Symbol für die Neuverteilung der inneren Gewichte der Europäischen Union zugunsten Deutschlands und für einen Status- und Einflussverlust Frankreichs geworden. Kurz später brachte der Irak-Krieg einen Moment der Wahrheit für die verringerte französische und deutsch-französische Führungsfähigkeit in der Europäischen Union (Müller-Brandeck-Bocquet 2004b). Eine außenpolitische Rollendefinition für die EU im Sinne einer

14 Das Originalzitat lautet: « Je suis convaincu que le libéralisme est voué au même échec que le communisme et qu'il conduira aux mêmes excès. L'un comme l'autre sont des perversions de la pensée humaine. »

„Europe puissance“, das heißt eines internationalen Akteurs, der seine außenpolitische Identität nicht zuletzt in Abgrenzung zu den USA definiert und das Strukturziel einer multipolaren Weltordnung verfolgt, stößt auf kaum überwindliche Widerstände in einer erweiterten Union. Die Zurückweisung deutsch-französischer Führungsansprüche durch die neuen EU-Mitglieder hinterließ den Eindruck, dass die EU durch die Osterweiterung „atlantischer“ werde. Die Irak-Krise und die Positionierung zahlreicher alter und neuer EU-Mitgliedstaaten auf der Seite der USA und gegen Frankreich und Deutschland weckten erhebliche Zweifel an der unionsinternen Mehrheitsfähigkeit französischer Positionsbestimmungen. Unter Verweis auf die zukünftig eventuell häufiger zu erwartende Minderheitenposition Frankreichs betonte Ex-Außenminister Hubert Védrine die Notwendigkeit, an der Einstimmigkeitsregel in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) festzuhalten, die ein Garant für Frankreichs Einfluss im EU-Entscheidungsprozess sei und die Entstehung eines „atlantischen und pazifistischen Europas“ verhindere (Védrine 2004). Auch in der Regierung waren zum gleichen Zeitpunkt Zweifel an den zuvor gemeinsam mit der Bundesrepublik im Rahmen der Arbeit des Europäischen Verfassungskonvents erhobenen Forderungen nach einem Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der GASP aufgekommen.

Die entscheidende Etappe des innerfranzösischen Perzeptionswandels im Hinblick auf die Europäische Union bildete deren Osterweiterung im Jahre 2004 und die ein Jahr später folgende Referendumsdebatte zum Vertrag über eine europäische Verfassung (VVE). Die französische Bevölkerung war laut Eurobarometer-Umfragen konstant unter den erweiterungsskeptischsten in der ganzen Union zu finden.¹⁵ Die politischen Eliten, deren Unbehagen über die als unvermeidlich angesehene Osterweiterung offenkundig war (de la Serre 2004), taten ihrerseits wenig, um die Franzosen auf diesen neuen Entwicklungsabschnitt der EU einzustellen. Die Osterweiterung blieb somit in Frankreich wenig diskutiert, wurde kaum erklärt und traf die Bevölkerung mental unvorbereitet (Grunberg/Lequesne 2004).

15 Im Jahr 2006 erwarteten 78 % der befragten französischen Bürger Arbeitsplatzverlagerungen zugunsten von Billiglohnländern infolge der Erweiterung und eine relative Mehrheit (44 %) sieht für die EU als Ganze wie für Frankreich eine Minderung wirtschaftlicher Entwicklungschancen durch die Erweiterung; vgl. European Commission: Special Eurobarometer: Attitudes towards European Union enlargement, July 2006, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_255_en.pdf, insbes. S. 44-46.

Die Skepsis gegenüber der Osterweiterung vereinte proeuropäisch-föderalistische Kräfte mit Europaskeptikern. Erstere sahen die Realisierungschancen einer supranationalen Politischen Union schwinden, für letztere standen auf der politischen Linken Ängste vor „Sozial- und Lohndumping“, auf der Rechten zusätzlich kulturelle „Überfremdungsängste“ im Zentrum, insbesondere mit Blick auf einen Türkei-Beitritt zur EU. Integrationsbefürworter wie –skeptiker teilten die Einschätzung, dass die Osterweiterung die EU in Richtung einer „Europe espace“ transformiere.¹⁶ Deren politische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit wäre empfindlich geschwächt, ihre innere wie äußere Identität schwer zu definieren.

Die Kampagne zum Verfassungsreferendum 2005

Im Rahmen der Referendumskampagne wurde vollends sichtbar, in welchem Ausmaß die Osterweiterung das Bild der Franzosen von der Europäischen Union und ihrer Entwicklung verändert hat. 55 Prozent Nein-Stimmen und insbesondere die vorhergegangenen Debatten zeigten, dass viele französische Bürger „Brüssel“ und die EU-Erweiterung für die Infragestellung des französischen Wohlfahrtsstaatsmodells verantwortlich machten. „Sozialmodellängste“ (Ross 2006) und ein „Sozialpessimismus“, den Grunberg und Laïdi vor allem auf der politischen Linken ausmachen (Grunberg/Laïdi 2007), bildeten einen fruchtbaren Boden für populistische Strategien gegen den Verfassungsvertrag. Das Referendum 2005 ging – ganz im Gegensatz zu 1992 – auf der politischen Linken verloren. Die Anhänger der im Parlament vertretenen Linksparteien stimmten zu knapp zwei Dritteln (63 Prozent) mit Nein, während diejenigen der parlamentarischen Rechten umgekehrt den VVE mit einer knappen Drei-Viertel-Mehrheit befürworteten (73 Prozent).¹⁷

Im Fokus der auf den Verfassungstext bezogenen Debatten stand dessen III. Teil, der die Vertragsartikel zu den Politiken der Union und die liberale Marktordnung enthält. In einem Land, in dem das Etikett ‚liberal‘ in unmittelbarer Nähe zum Schimpfwort steht, wagte kaum ein Vertragsbefürworter eine offensive Verteidigung der kaum zu leugnenden Grundorientierung des VVE zu Gunsten eines liberalen, marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens. Diese ist allerdings alles andere als neu, auch wenn zahlreiche Gegner diese erst im VVE „entdeckt“ haben wollen. Sie findet sich schon in den Römischen Verträgen von 1957.

16 Vgl. hierzu die luzide Analyse von Lequesne (2006).

17 Vgl. die Abstimmungstagsumfrage des Instituts IPSOS: Référendum 29 Mai 2005: Le sondage sorti des urnes, abrufbar unter : www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp.

Ein hervorgehobener Stellenwert kam zwei Themen in der Referendumskampagne zu: der Dienstleistungsrichtlinie, die stets als „Bolkestein-Richtlinie“ titulierte¹⁸, und der Thematik von Unternehmensverlagerungen („délocalisations“) nach Osteuropa. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie hatte zwar nichts mit dem VVE zu tun (der Richtlinienentwurf war ja auf der Grundlage der geltenden Verträge entstanden), war aber ideal dazu geeignet, durch das in ihr vorgeschlagene Herkunftslandprinzip zum symbolischen Kristallisationspunkt für flottierende Ängste vor einer gnadenlosen Dienstleistungskonkurrenz infolge der Osterweiterung zu werden. Der auf französischen Märkten präsente polnische Installateur („plombier polonais“) wurde zur vielbemühten Symbolfigur für eine neue „Gefahr aus dem Osten“, die insbesondere von der extremen Linken in ihrer Referendumskampagne mit durchaus xenophoben Akzenten ausgeschlachtet wurde.¹⁹

In der Vergangenheit beruhte die Zustimmung zum Projekt europäischer Integration in der französischen Bevölkerung wie in der politischen und gesellschaftlichen Elite nicht zuletzt darauf, dass die EWG/EG/EU als Verwirklichung französischer Ideale und Werte in einem erweiterten Rahmen – als eine Art ‚grande France‘ – verstanden werden konnte. Diese diskursive Gleichsetzung zwischen Frankreich und Europa wurde von den VVE-Befürwortern auch offensiv versucht. So stellte Staatspräsident Chirac in einem Fernsehinterview auf France 2 (3.5.2005) den Verfassungsvertrag geschickt als „Tochter von 1789“ dar, indem er auf die Integration der Grundrechtecharta in den Verfassungsrahmen verwies und die Verbindung zur französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 herstellte. Die Verfassung, so Chirac, übernehme „alle Werte Frankreichs“. Auch nahm der Verweis auf ein durch den VVE gestärktes „politisches Europa“ in Abgrenzung zu einem „Europa als große Freihandelszone“ sowie der Hinweis auf die außen- und sicherheitspolitische Stärkung der Union, die sich im Sinne französischer Zielvorstellung einer „Europe puissance“ interpretieren ließ, einen breiten Raum im Argumentationsrepertoire der Verfassungsbefürworter ein.²⁰ Diese diskursive Gleichsetzung französischer und europäischer Identität hat allerdings erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt. So konnten die Ver-

18 Vgl. „La directive Bolkestein ou le malaise européen“, in: *Le Monde*, 11.3.2005.

19 Vgl. mit zahlreichen empirischen Belegen: Reynié (2005). Es war allerdings der rechtskonservative Nationalist Philippe de Villiers, der diese Figur des polnischen Klempners in die Kampagne eingeführt hat. Für einen diesbezüglichen Hinweis danke ich Amandine Crespy.

20 Vgl. den Artikel „Une idée et une vision française“ von Europaministerin Claudie Haigneré, die den Verfassungsvertrag schlicht als französische Idee und als Verwirklichung einer französischen Europavision darstellt, in: *Le Figaro*, 6.4.2005.

tragsgegner sich die verbreitete Perzeption zu Nutze machen, dass die Union infolge der Osterweiterung wirtschaftspolitisch liberaler und außenpolitisch tendenziell atlantischer – und damit weniger ‚französisch‘ geworden sei. Wenn sich Staatspräsident Chirac bemühte, den VVE als Garantie gegen den von ihm geißelten „Ultraliberalismus“ darzustellen, dann musste er in der französischen Öffentlichkeit auf tiefe Skepsis stoßen, wenn etwa zeitgleich ein französischer Unternehmer Schlagzeilen produziert, indem er seinen Betrieb nach Rumänien verlagert und den von Entlassung bedrohten französischen Beschäftigten großzügig anbietet, sie dort für 110 Euro monatlich weiterzubeschäftigen.

Soziologie des Abstimmungsverhaltens: Eine neue sozio-politische Konfliktlinie?

Die Haltungen zur Europäischen Union in ihrer derzeitigen Gestalt und zur Globalisierung hängen eng zusammen. Dies hat auch die politische Mobilisierung und die Argumentation der Verfassungsgegner deutlich werden lassen. Auf der Basis der Wahrnehmung von und Einstellung zur Europäisierung und Globalisierung entstand seit den 1990ern eine politische Spaltungslinie, die auch ein klares soziologisches Substrat erkennen lässt (Meunier 2004). Das Referendum über die Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags hat Frankreich noch deutlicher als das Maastricht-Referendum entlang sozialer Bruchlinien gespalten. Dies wird in Tabelle 2 an den erheblichen und im Vergleich zu 1992 gewachsenen Unterschieden des Abstimmungsverhaltens nach Berufs- und Bildungsgruppen erkennbar. Europaskepsis ist eine Haltung, die vor allem auf den unteren Sprossen der sozialen Schichtungsleiter anzutreffen ist, insbesondere bei formal niedrig gebildeten Bürgern. Die Tatsache, dass soziale Gruppen mit Nein gestimmt haben, die zur traditionellen Klientel der politischen Linken zählen, lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass die Verfassungsgegner im Rahmen der Referendumskampagne in erster Linie – und mit großem Erfolg – soziale Fragen ins Zentrum gerückt und vor negativen wirtschaftlich-sozialen Konsequenzen des Verfassungsvertrags gewarnt haben (Sauger/Brouard/Gossman 2007: 65ff.).

Symptomatisch erscheint, dass insbesondere in der Berufsgruppe der mittleren Angestellten ein deutlicher Umschwung im Vergleich zum Abstimmungsverhalten zum Maastrichter Vertrag stattgefunden hat. Hatten 1992 nur 38 Prozent in dieser Bevölkerungsgruppe gegen die Ratifizierung gestimmt, so waren es 2005 53 Prozent. Eine politisch folgenreiche Europaskepsis ist damit in der Mitte der französischen Gesellschaft angekommen.

Tabelle 2: Soziologie der Europareferenden 1992 und 2005

Angaben: NEIN-Votum, in Prozent

	Maastricht 1992	VVE-Referendum 2005
<i>Gesamt</i>	49	55
<i>Berufsgruppe</i>		
Landwirte	62	70
Handwerker, Kleinhändler, Unternehmenschefs	49	51
Freiberufler, leitende Angestellte	33	35
Mittlere Angestellte	38	53
Kleine Angestellte	53	67
Arbeiter	61	79
<i>Formale Bildung: letztes Bildungsabschluss(1992: Alter bei Abschluss der Bildung/Ausbildung)</i>		
Ohne Abschluss (1992: < 14 Jahre)	54	72
BEP/CAP/Certificat d'études primaires (1992 : 15-16 Jahre)	54	65
Abitur (1992: 17-18 Jahre)	53	53
Abitur + 2 J. Hochschule (1992: 19-21 Jahre)	49	46
mind. Abitur + 3 J. Hochschule (1992: > 22 Jahre)	35	36

Quelle: IPSOS, Référendum 29 Mai 2005: Le sondage sorti des urnes, www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074.asp

Veränderung sozialer Repräsentationen Europas

Die fast zeitgleiche Osterweiterung und europäische Verfassungsdiskussion können als „historischer Knoten“ im Sinne von Pierre Rosanvallon (1995) analysiert werden. Er versteht darunter einen geschichtlichen Moment und Kristallisationspunkt, an dem sich bisherige politische und gesellschaftliche Rationalitäten sowie symbolische und sprachliche Repräsentationen gesellschaftlicher Wirklichkeit verändern und neue entstehen. Das „unsoziale Europa“ hat sich im zeitlichen Kontext der Osterweiterung und des Referendums in breiten Bevölkerungsgruppen – vor allem (aber nicht nur) auf der politischen Linken und weit über die Kreise der radikalen Linken und Globalisierungsgegner hinaus – als dominante Repräsentation des aktuellen Zustands der EU durchgesetzt. Die Europäische Union steht in den Augen vieler Bürger nicht nur für unsichere äußere Grenzen, sondern eben für eine Verschärfung wirtschaftlicher Konkurrenz und eine Verlängerung negativer Globalisierungsfolgen nach innen, für sozialen Abstieg und den Verlust wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen. Der europäische Zukunftshorizont ist für eine gewachsene Zahl von Bürgern negativ besetzt – ein radikaler Bruch mit der „Vor-Maastricht“-Epoche.

Eine solche potentiell weitreichende Veränderung gesellschaftlicher Repräsentationen der EU lässt sich an semantischen Verschiebungen illustrieren und anhand von Meinungsumfragen belegen. Wurde die Europäische Union in der Vergangenheit, besonders in den Reihen der Sozialisten, als Schutzschild gegen Globalisierung porträtiert, so heißt es heute eher, dass die EU diese Funktion wahrnehmen *sollte*.²¹ In Eurobarometer-Umfragen wird deutlich, dass die Mehrheit der französischen Bürger von diesem Schutzschild-Argument keineswegs überzeugt ist. So stieß im Herbst-Eurobarometer 2005 die Aussage „Die EU schützt uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung“ in Frankreich auf deutliche Ablehnung (58 % „stimme nicht zu“, im Durchschnitt der EU-25: 47 %). 59 % der Franzosen – und damit mehr als in jedem anderen EU-Mitgliedstaat – denken beim Begriff Globalisierung zuvörderst an Arbeitsplatzverlagerungen in Länder mit niedrigeren Arbeitskosten (EU-25-Durchschnitt: 37 %).²² Und für 61 % der Befragten in Frankreich ist der Begriff Globalisierung („mondialisation“) generell negativ besetzt, worin sie nur noch von den Griechen übertroffen werden (66 %; EU-25-Durchschnitt: 46 %).²³

Auf der anderen Seite lässt sich aus den Eurobarometer-Fragen auch eine überdurchschnittliche „Nachfrage“ der Franzosen nach einem „sozialen Europa“ erkennen. Aus einer Liste von politischen Aufgaben, denen sich die EU vorrangig widmen solle, werden überdurchschnittlich häufig der „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ (Frankreich: 63%, EU-Durchschnitt: 47 %) und der „Kampf gegen Armut und sozialen Ausschluss“ (Frankreich 54%; EU-Durchschnitt: 44%) genannt.²⁴

Die Erfolgchance, die in den 1980er Jahren zunehmend „europäisierte“ nationale Identität Frankreichs dauerhaft in einem europäischen Sinne zu definieren, hängt davon ab, inwieweit Kerncharakteristika der EU als französisch beeinflusst oder als mit französischen Verfassungsideen, politischen Problemlösungsphiloso-

21 So heißt es im Parteitagsantrag der linken PS-Strömung „Nouveau Parti Socialiste“ zum Parteitag in Dijon 2003: „Gegenüber der liberalen Globalisierung sollte Europa wie ein Schutz erlitten werden. Aber die Union wird ganz im Gegenteil wie ein trojanisches Pferd der Globalisierung im Herzen der Nationen wahrgenommen, das die Liberalisierung erzwingt und die soziale Ungleichheit verschärft“, dokumentiert in : <http://www.democratie-socialisme.org/IMG/pdf/motionnps.pdf>.

22 Nur in Deutschland war mit 63 % Ablehnung eine noch größere Skepsis zu finden, vgl. den Bericht zum Eurobarometer 64 (2005), in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf

23 Vgl. Bericht zum Eurobarometer 63 (2005), in: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_de.pdf

24 Ebd.

phien, Werten und Interessen vereinbar angesehen werden. Dies wurde im Kontext der Ratifizierungsdebatte zum europäischen Verfassungsvertrag von den Gegnern ebenso massiv wie erfolgreich in Frage gestellt. „Europa verändert Frankreich mehr als Frankreich Europa“, so fasst Bernhard Stahl (2007: 173) dieses veränderte Wahrnehmungsmuster pointiert zusammen.²⁵

Die Reaktion der politischen Eliten: Stärkung voluntaristischer Diskurse

Auf der Ebene der politischen Eliten sind unterschiedliche diskursive Reaktionen auf dieses wachsende Unbehagen an Stand und Entwicklung europäischer Integration zu beobachten, wie die Debatte um das Verfassungsreferendum und auch der Präsidentschaftswahlkampf 2007 deutlich werden ließen.

Zum einen wurden nationale bzw. nationalistische Diskurse rehabilitiert. Neben den „üblichen Verdächtigen“ aus dem souveränistischen Lager waren es Teile der PS-Linken und die radikale, globalisierungsfeindliche Linke, die sich im Rahmen der Referendumskampagne einer oberflächlich europäisch drapierten, im Kern nationalistischen, teils sogar rassistischen Rhetorik bedienten, die gegen die Bevölkerungen und Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten gerichtet war.²⁶ Und in der Endphase des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 avancierte die Beschwörung der französischen Nation und der nationalen Identität zum beliebten Mittel der Wählermobilisierung, sowohl bei Ségolène Royal als auch – ungleich stärker noch – bei Nicolas Sarkozy (Schild/Simon 2007). Letzterer schuf entsprechend seiner Wahlkampfankündigung das Amt eines „Ministers für Immigration, Integration, nationale Identität und Ko-Entwicklung“.

Zum anderen werden zunehmend die Grenzen europäischer Integration thematisiert (de Villepin 2006). In kaum einem Mitgliedsstaat der EU dürfte dieses Thema eine so hohe Bedeutung in den Elitediskursen besitzen wie in Frankreich. Nur ein Gebilde mit stabilisierten Grenzen, so der Tenor, kann sich als politische Handlungsgemeinschaft mit ambitionierten Zielen und einer gefestigten Identität verstehen.

25 Philippe Moreau Defarges (2002, 953) teilt diese Auffassung, wenn er schreibt: „La France apparaît sur la défensive face à la construction européenne. L'enfant européen, largement son enfant, lui échappe.“

26 Vgl. mit zahlreichen Zitaten und Belegen: Reynié 2005.

Schließlich werden Diskurs- und Identitätselemente verstärkt, die die Zielperspektive eines Umbaus der Europäischen Union nach französischem Vorbild ausmalen. Dies gilt für die sozialistische Linke, aber auch für den amtierenden Staatspräsidenten. Sarkozy und die UMP haben sich im Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampf einer rhetorischen Figur bedient, die sich deutlich von den in den 1980er Jahren gebräuchlichen unterscheidet. Europa habe „entgegen seiner Grundprinzipien [...] zu oft das Bild eines trojanischen Pferdes einer Globalisierung vermittelt, die auf eine Liberalisierung des Austauschs von Waren und Kapital reduziert“ sei, so liest man im „Contrat de législature 2007–2012“ der neogaullistischen UMP. Diese Passage findet sich bezeichnender Weise in einem Abschnitt unter der Überschrift „Retrouver l’Europe que nous aimons“ („Das Europa wiederfinden, das wir lieben“).

Europa wird demnach nicht mehr als eine „France writ large“ (Risse 2003) porträtiert, gleichsam als „Reinkarnation Frankreichs“ (Brzezinski 2000: 91), sondern als ein Gebilde, das sich zunehmend von französischen Vorstellungen entfernt. Französische Identität und die erwünschte zukünftige Identität der Europäischen Union werden immer stärker in Abgrenzung zur Realentwicklung der Europäischen Union konstruiert.

In den Wahlkampfbeiträgen von Sarkozy – wie im übrigen auch von Ségolène Royal – entstand das Bild einer EU, die eine ungezügelte und „unloyale“ Konkurrenz nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Sozialmodellen und Steuersystemen der Mitgliedstaaten befördere; ein Europa, in dem die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB zu Lasten von Wachstum, Beschäftigung und aufgrund des hohen Außenwerts des Euro zu Lasten der Exportchancen gehe; ein Europa, das die nationale Haushaltspolitik in die Zwangsjacke des Stabilitäts- und Wachstumspakts stecke (Royal) und das starke französische und europäische Unternehmen auf dem Altar einer dogmatisch betriebenen Wettbewerbspolitik opfere (Sarkozy); ein Europa, das den Willen zur außenpolitischen und wirtschaftlichen Selbstbehauptung verloren habe und auf eine selbstbewusste Definition seiner Interessen verzichte; ein Europa schließlich, das durch immer neue Erweiterungsrounds nicht nur seine Handlungsfähigkeit, sondern auch das notwendige Mindestmaß an gemeinsamer europäischer Identität verliere.

Dem wenig geliebten aktuellen Zustand der EU setzte der Wahlkämpfer Sarkozy die sich davon deutlich abhebenden Konturen einer *Europe à la française* entgegen:

- eine Wirtschaftsregierung ("gouvernement économique") als politisches Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank, insbesondere in Form einer Mitsprache der Regierungen in der Wechselkurspolitik, um den Außenwert des Euro beeinflussen zu können;
- wirtschaftlicher Protektionismus in Form einer Nachahmung merkantilistischer Handelspraktiken der USA und einer Rehabilitierung der "Gemeinschaftspräferenz"²⁷;
- eine aktive Industriepolitik, die die Entstehung "europäischer Champions" befördern sollte, ohne dass die Brüsseler Wettbewerbshüter diesen aufgrund ihrer potentiell wettbewerbsgefährdenden Marktstellung Steine in den Weg legen dürften;
- einem "verwässerten und entpolitisierten" Europa²⁸ der ungezügelter Konkurrenz und des „Sozial- und Steuerdumpings“ setzt er die Vorstellung europäischer Harmonisierung entgegen, in erster Linie Schritte der Steuerharmonisierung auf dem Gebiet der Unternehmensbesteuerung.

Im Sinne der oben (Tabelle 1) unterschiedenen Identitätsdimensionen ließ sich auf der Grundlage der Europadiskurse des Staatspräsidenten, in den meisten Punkten von seiner sozialistischen Rivalin Ségolène Royal geteilt, das in Tabelle 3 zusammengefasste Bild eines Europas mit stark französisch beeinflusster Identität zeichnen (s. Tabelle 3).

In der Vergangenheit konnten französische Staatspräsidenten, Regierungen, Spitzenpolitiker und integrationsoffene politische Parteien stets die begründete Hoffnung hegen, dass sich die EU schrittweise an Kernpräferenzen der französischen Europapolitik annähern ließe. Und tatsächlich war Frankreich ja auch alles andere als erfolglos bei dem Versuch, Elemente seines nationalen institutionellen Systems, seiner Problemlösungsphilosophien und seiner präferierten Politikinhalt auf die europäische Ebene zu „exportieren“ und die EU nach dem französischen europapolitischen Leitbild zu formen. Man denke nur an die zentrale institutionelle Stellung des Europäischen Rates, die autonomieschonende, intergouvernementale Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik oder den anhaltend hohen Stellenwert der Gemeinsamen Agrarpolitik. Europa bzw. die EG konnte innenpolitisch als voluntaristisches politisches Gebilde vermittelt werden, das im Rahmen eines nach außen durch die Gemeinschaftspräferenz geschützten

27 Vgl. Rede Nicolas Sarkozys vom 8.9.2006 in Brüssel bei der Stiftung "Friends of Europe", in: http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/fondation_friends_of_europe_amis_de_l_europe_et_la_fondation_robert_schuman_8_septembre_2006_bruxelles_bibliotheque_solvay.

28 Rede Nicolas Sarkozys in Straßburg, 21.2.2007, in: http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/je_veux_que_l_europe_change.

Raums und dank Gemeinschaftspolitiken, insbesondere der interventionistisch-protektionistischen Agrarpolitik, Ansätze eines europäischen „Colberto-Jakobinismus“ verwirklichen konnte (Moreau Defarges 2002: 957).

Tabelle 3: Identitätselemente einer „Europe à la française“²⁹

<i>Außen-/ sicherheitspolitische Identität</i>	<i>Sozioökonomische Identität / Wirtschaftliches Ordnungsmodell</i>	<i>Politisches Ordnungsmodell</i>	<i>Geographische Identität</i>
EU als „Großmacht“	Primat der Politik gegenüber Wirtschaft / Soziales Europa	Dominanz der Exekutive	EU mit klar definierter politisch-territorialer Identität
EU als proaktiver internationaler Akteur	„Gouvernement économique“ als politisches Gegengewicht zur EZB	Starke Stellung des Europäischen Rates und des Rates	Keine „Überdehnung“ der EU
„Europe puissance“	Garantie der Rolle der „services publics“	Priorisierung von Entscheidungseffizienz vor demokratischer Legitimation	Stabilisierung der Grenzen der EU
EU als Militärmacht	„Europäische Champions“ in der Industriepolitik	Gruppenbildung zur politikfeldspezifischen Führung der EU	Ablehnung des Türkeibeitritts
	„Gemeinschaftspräferenz“ in der Außenhandelspolitik		
	Starke Gemeinschaftspolitiken: GAP, Industrie- und Technologiepolitik		
	EU als „Bollwerk“ gegen Globalisierung		
	Soziale Mindeststandards / Vermeidung von „Sozialdumping“ (Löhne, Arbeitszeiten, Unternehmenssteuern)		

Quelle: eigene Zusammenstellung

Aber wie schwer wiegen französische Präferenzen in Zukunft im Entscheidungssystem der EU in Anbetracht einer wachsenden Mitgliederzahl und einer damit einhergehend ebenfalls wachsenden Heterogenität der Interessenlagen, der politischen Kulturen sowie der außenpolitischen Traditionslinien der Mitgliedstaaten?

Damit stellt sich eine noch grundsätzlichere Frage nach dem Verständnis von Politik, nach ihrer Steuerungsfähigkeit im Verhältnis zur Gesellschaft, zum wirtschaftlichen Teilsystem und zu ihrer externen Umwelt. In einer politischen Kultur wie der französischen, die permanent zu einer Überbewertung des Politischen neigt, wo die Rhetorik eines politischen Voluntarismus nicht nur auf der politi-

²⁹ Diese Europavorstellungen wurden zuletzt im Präsidentschaftswahlkampf 2007 von beiden Hauptanwärtern auf das höchste Staatsamt deutlich artikuliert, vgl. mit zahlreichen Verweisen auf Primärquellen: Schild/Simon 2007.

schen Linken, sondern ebenso auf der gaullistischen Rechten intensiv gepflegt wurde und wird, war der Abschied von politischen Steuerungsphantasien seit dem sozialistisch-kommunistischen Experiment der frühen 1980er Jahre schon schwer genug. Wenn nun die Aussichten, dass eine zumindest partielle Rekonstruktion politischer Handlungs- und Steuerungsfähigkeit im Sinne französischer Präferenzen auf der europäischen Ebene möglich und mehrheitsfähig wäre, zu schwinden drohen – oder zumindest diese Perzeption sich in der Bevölkerung verfestigt –, dann hat dies potentiell weitreichende Konsequenzen für die Bestimmung des französischen Verhältnisses zur EU.

Folgen für die Europapolitik

Soziale Identitäten, so wurde argumentiert, sind als wichtige Quelle gesellschaftlicher Präferenzbildung in europapolitischen Fragen zu betrachten. Diese Präferenzbildung erfolgt in einem komplexen Wechselspiel von Elitendiskursen, breiten öffentlichen Selbstverständigungsdebatten und der Wandlungsdynamik von Bevölkerungseinstellungen. Gesellschaftliche Präferenzen haben, unserer Analyse zufolge, seit der Auseinandersetzung um den Maastrichter Vertrag an Gewicht für die europapolitische Positionsbestimmung Frankreichs hinzugewonnen.

In einzelnen Kernfragen der Europapolitik hat sich die Mehrheitsposition der französischen Gesellschaft auch gegen die Position des Staatspräsidenten und der Regierung durchsetzen können. Dies gilt zum einen offenkundig für den von der Regierung unterzeichneten, von der Bevölkerung jedoch per Referendum abgelehnten Verfassungsvertrag (auch wenn man einwenden mag, dass der Vertrag von Lissabon zentrale Elemente des VVE beibehält). Das gilt zum anderen für die französische Türkeipolitik, ein besonders lehrreiches Beispiel für den wachsenden Einfluss der Gesellschaft auf die französische Europapolitik. Sarkozys Amtsvorgänger Jacques Chirac war ein entschiedener Befürworter einer türkischen Beitrittsperspektive. Unter Führung zunächst von Alain Juppé, dann von Nicolas Sarkozy hat sich seine eigene Partei, die UMP, klar von der Türkeipolitik ihres Präsidenten Chirac distanziert. Damit stellte sich ausgerechnet die in der gaullistischen Tradition stehende Präsidentenpartei in einer zentralen außen- und europapolitischen Frage offen gegen den von ihr getragenen Präsidenten – ein einmaliger Vorgang in der V. Republik. So musste Chirac den Türkei-Gegnern im eigenen Lager das Zugeständnis einer Verfassungsänderung machen. In Artikel 88-5 der im März 2005 geänderten Verfassung ist nach geltender Rechtslage ein

obligatorisches Referendum über zukünftige EU-Beitritte vorgesehen.³⁰ Damit ist der Einfluss der Gesellschaft auf eine Kernfrage der Europapolitik innerstaatlich „institutionalisiert“ und wäre nur mit verfassungsändernden Mehrheiten wieder zurückzudrängen.

Es wurde argumentiert, dass relevante Teile der französischen politischen Eliten – nach einer Phase der europäischen Transformation nationaler Identität in den 1980er Jahren – auf die in zwei Europareferenden sichtbar gewordene Europa-skepsis mit einer Betonung tradierter Elemente der sozialen Identität und einer Rehabilitation nationaler republikanischer Diskurse reagierten. Sie betonten vielfach Elemente insbesondere der sozioökonomischen Dimension sozialer Identität, die mit der perzipierten Realentwicklung der EU besonders stark kontrastieren. Die nationale soziale Identität wurde somit vielfach in bewusster Abgrenzung zu wahrgenommenen wirtschaftlich-sozialen Kerncharakteristika der EU (re-)konstruiert.

„Wir müssen die Spaltungslinien des Referendums überwinden, Antworten auf die Erbitterung der Anhänger des Neins finden, ohne die Anhänger des Ja zu enttäuschen, und wir müssen für Europa ein Projekt vorschlagen, das 80 Prozent der Franzosen vereint.“ So skizzierte Nicolas Sarkozy kurz nach dem gescheiterten Referendum auf einem Europa-Parteitag der UMP die gesellschaftliche Herausforderung, der sich die Gestalter französischer Europapolitik gegenüber sehen.³¹

Ein französisches Projekt für die Europäische Union, das 80 Prozent der Franzosen vereint, entspräche in etwa den oben skizzierten Vorstellungen Sarkozys von einer „Europe à la française“. Sarkozy erhielt für sein europapolitisches Credo sogar Zustimmung von der globalisierungskritischen Linken. Der ATTAC-Gründer und Journalist Bernard Cassen wies bei allem Lob für die geteilte Zielsetzung aber zu Recht auf die Achillesferse dieses Programms hin: Kernpunkte des skiz-

30 Im Rahmen einer geplanten umfangreichen Verfassungsänderung soll der Automatismus von Referenden über zukünftige EU-Beitritte wieder aufgehoben werden. Der Gesetzesentwurf für ein verfassungsänderndes Gesetz sieht die Möglichkeit vor, zukünftige Beitritte nach der Prozedur des Art. 89, Abs. 2 und 3 entweder per Referendum oder mit einer 60-Prozent-Mehrheit des Kongresses (Assemblée nationale und Senat) zu verabschieden. Der Präsident hätte damit die Wahl zwischen zwei Ratifizierungswegen; vgl. *Projet de loi constitutionnelle de modernisation des institutions de la V^e République*, abrufbar unter: http://www.premier-ministre.gouv.fr/IMG/pdf/Projet_de_loi_constitutionnelle.pdf. Auf alle Fälle bedarf es superqualifizierter, verfassungsändernder Mehrheiten, um zukünftige Beitrittsverträge zur EU innerstaatlich zu ratifizieren.

31 Rede vor der Convention de l'UMP sur l'Europe am 24.9.2005, eigene Übersetzung.

zierten Programms dürften auf europäischer Ebene kaum mehrheitsfähig sein (Cassen 2007).

Daraus ergibt sich für die politische Elite ein offenkundiges Vermittlungsproblem zwischen innergesellschaftlichen Präferenzen und der europäischen Präferenzkonfiguration, d.h. dem Zusammentreffen der europapolitischen Präferenzen aller EU-Mitgliedstaaten. In einigen europapolitisch wichtigen Bereichen sind durchaus dynamische und mehrheitsfähige europapolitische Impulse von Frankreich zu erwarten. Dies gilt für den weiteren Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit der EU, die keinen europäischen Konsens über das französische Leitbild einer „Europe puissance“ voraussetzt. Dies gilt auch für das stetig an Bedeutung gewinnende Politikfeld der Klimaschutz-, Energie- und Energiesicherheitspolitik. Für eine ambitionierte europäische Politik als internationaler Vorreiter einer Transformation der EU-27 in Richtung von kohlenstoffarmen Ökonomien finden sich viele europäische Bündnispartner und auch eine breite innergesellschaftliche Unterstützung in Frankreich. Französische Präferenzen in der Europapolitik sind aber in anderen, für Frankreich wichtigen Bereichen auf europäischer Ebene kaum mehrheitsfähig – etwa das Leitbild einer „Europe puissance“ als machtpolitisches Gegengewicht zu den USA und auch die Vorstellung einer weitgehenden Harmonisierung von sozialregulativen Standards, von Löhnen und Sozialleistungen oder auch eine Verstärkung des Protektionismus („Gemeinschaftspräferenz“) in der EU-Außenwirtschaftspolitik. Zudem sind bestimmte in Frankreich besonders kritisierte Politikmuster und Problemlösungsphilosophien europäisch „institutionalisiert“ und durch neue politische Mehrheiten diesseits der Einstimmigkeit auch kaum veränderbar. So trifft jeder Versuch einer Durchsetzung der gesellschaftlich breit verankerten französischen Präferenz für eine europäische „Wirtschaftsregierung“ als politisches Gegengewicht zur „Expertenherrschaft“ der Europäischen Zentralbank auf schier unüberwindliche vertragsrechtliche Schranken. Die Rollenteilung zwischen Geld- und Fiskalpolitik mit einer unabhängigen, auf Geldwertstabilität als vorrangigem Ziel festgelegten EZB, die einseitig die geldpolitischen Rahmendaten setzt, an denen sich die nationale Fiskalpolitik reaktiv zu orientieren hat, ist primärrechtlich solide „institutionalisiert“. Sie könnte auch durch eine von Frankreich angeführte Mehrheitskoalition nicht abgeändert werden. Auch französischen Harmonisierungswünschen in der Sozial- und Steuerpolitik stehen hohe Einstimmigkeitshürden entgegen.

Dies stellt Staatspräsident Sarkozy und seine Regierung vor das Dilemma, zwischen nichtkompatiblen Zielen wählen zu müssen. Eine Europapolitik für 80 Pro-

zent der Franzosen ist nur schwer vereinbar mit der von ihm betriebenen Erneuerung des französischen Führungsanspruchs innerhalb der Europäischen Union. Die „Nachfrage“ seitens der europäischen Partner nach französischer Führung ist aufgrund der Inkongruenz der Präferenzen in wichtigen Politikbereichen durchaus begrenzt. Zudem hängt die Führungsfähigkeit Frankreichs von einer Erneuerung seines Wirtschafts- und Sozialmodells ab, das für viele ausländische Beobachter aufgrund von „Politikversagen“ in wichtigen Handlungsbereichen (Haushaltsdefizite, Höhe und Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Außenhandelsdefizite, Probleme sozialer Integration) keine Basis für europäische Führungsansprüche bilden kann.

Sollte sich die Einschätzung als richtig erweisen, dass „Sozialmodellängste“ zur empfindlichen Einengung der europapolitischen Spielräume der französischen Exekutive führen, so ergeben sich unterschiedliche Handlungsoptionen für ihre Europapolitik. Eine Europapolitik „für 80 Prozent der Franzosen“ könnte eine Stärkung folgender Handlungsmuster französischer Europapolitik zur Folge haben:

- a) selektive Blockaden
- b) verstärktes Setzen auf Formen differenzierter Integration
- c) verstärkte Suche nach der Bewahrung nationaler Handlungsspielräume.

Das erste Muster könnte in der Außenhandelspolitik Anwendung finden, wenn die „Gemeinschaftspräferenz“ insbesondere in der Agrarpolitik aus französischer Sicht im Rahmen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) nicht hinreichend berücksichtigt wird. Die von Frankreich aktiv betriebene Mobilisierung einer Ablehnungsfront gegen agrarpolitische Zugeständnisse der EU im Rahmen der Doha-Runde lässt sich als Beispiel anführen.³² Auch die Türkeipolitik des neuen Präsidenten, mit der er eine minoritäre Position in der EU einnimmt, könnte in eine Blockade des Beitrittsprozesses münden.³³ Der Europaexperte der Sozialisten, Moscovici, spricht von der „Logik des defensiven Einflusses“ (Libération v. 28.2.2008).

Das zweite Muster eines verstärkten Setzens auf Formen differenzierter Integration ist auch von den Vorgängern in Präsidentenamt und Regierungen als proba-

32 Vgl. International Herald Tribune v. 20.2.2008: France says 20 EU nations oppose latest WTO farm proposal.

33 Bernhard Cassen empfiehlt aufgrund der geringen Mehrheitsfähigkeit einer antiliberalen französischen EU-Politik eine Rückbesinnung auf den Luxemburger Kompromiss und die Praxis von Vetos (oder deren Androhung) im Rat (Cassen 2007).

tes Mittel für eine Integrationsvertiefung entlang französischer Präferenzen empfohlen und auch in der politischen Praxis eingesetzt worden. Präsident Sarkozy hat dieses Handlungsmuster auf der Grundlage positiver Erfahrungen mit der europäischen Zusammenarbeit einer Gruppe von großen Mitgliedstaaten in der Innenpolitik, v. a. im Bereich der Polizeikooperation, als Mittel der Integrationsverdichtung wiederholt empfohlen.

Das dritte Handlungsmuster, die Bewahrung nationaler politischer Gestaltungsspielräume, könnte an Bedeutung gewinnen, etwa in der Industriepolitik, die sich dem kontrollierenden und regulierenden Zugriff der EU-Kommission zu entziehen trachtet, oder in der Steuerpolitik, wo Sarkozy wie seine Vorgänger darum kämpft, Gestaltungsspielräume etwa bei der Festsetzung ermäßigter Mehrwertsteuertarife zurückzugewinnen. Schon seit den Verhandlungen über den Amsterdamer Vertrag 1996/97 ist eine verstärkte Betonung des Subsidiaritätsgedankens in der französischen Europapolitik und -rhetorik zu beobachten.

Eine solche politisch-praktische Reaktion auf die durch die Erweiterung veränderte Akteurs- und Interessenkonstellation in der EU trägt gewiss dazu bei, französische Interessen auch in einer erweiterten EU zu wahren. Es handelt sich um Strategien des Umgehens von europäischen Widerständen gegen französische Zielbestimmungen.

Die innenpolitisch mit hohen Kosten verbundene Alternative zu den skizzierten Handlungsoptionen bestünde darin, die Zukunftsfähigkeit des eigenen Wirtschafts- und Sozialmodells durch mutige innere Reformen zu verbessern. Denn als tiefere Ursache einer gesellschaftlichen Verunsicherung, die in Gestalt von gesellschaftlichen Schuldzuweisungen an die Brüsseler Adresse folgenreich für die Europapolitik wird, kann die verschlechterte Performanz des französischen Kapitalismus- und Wohlfahrtsstaatsmodells betrachtet werden. Diese innere Reformbereitschaft – und der Erfolg von Reformen – sind die Voraussetzungen für eine Stärkung des französischen Einflusses in der EU insbesondere auf wirtschaftlich-sozialen Handlungsfeldern. Ein solcher innerer Reform- und Anpassungsprozess kann nur gelingen, wenn er von einem überzeugenden Diskurs begleitet wird, der die sozio-ökonomische Identität Frankreichs in einem liberaleren, europa- und globalisierungsoffenen Sinne rekonstruiert. Allerdings werden eine solche Politik und ein solcher Diskurs gewiss nicht mit der Zustimmung von 80 Prozent der Franzosen rechnen können.

Es gehört daher eine politische, intellektuelle und kommunikative Kraftanstrengung während der Präsidentschaft Sarkozys dazu, eine im Innern aufgrund der politischen und sozialen Krisen der letzten Jahre und aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit tief verunsicherte Republik mit sich selbst und mit Europa zu versöhnen und Frankreich den gewohnten Platz als europäische Führungsmacht auch für die Zukunft zu garantieren.

Literaturverzeichnis

- Balme, Richard/Woll, Cornelia 2005: Europe and the transformation of French policy-making: a cross-sectoral approach, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 3(3), S. 388-409.
- Beilecke, François 1999: Diskursive Rehabilitierung des republikanischen Modells und Neoliberalismus-Kritik in der französischen Presse seit 1990, in: Frankreich-Jahrbuch 1999, hrsg. vom Deutsch-Französisches Institut u.a., Opladen : Leske und Budrich, S. 97-112.
- Benoit, Bertrand 1997: Social-Nationalism: An Anatomy of French Euroscepticism, Aldershot: Ashgate.
- Bock, Hans Manfred 1992: Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderung und nationale Ungewissheiten, in: Frankreich-Jahrbuch 1992, hrsg. vom Deutsch-Französisches Institut u.a., Opladen : Leske und Budrich, S. 9-33.
- Bozo, Frédéric 2005: Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht, Paris: Jacob.
- Brzeziński, Zbigniew 2000: Le grand échiquier, Paris: Hachette (Coll. Pluriel).
- Cassen, Bernhard 2007: La France hors du consensus européen, in: Le Monde diplomatique, Januar, S. 10.
- Chopin, Thierry 2006: La France, l'Europe et le libéralisme, in: Commentaire, 29(115), S. 669-678.
- Cohen, Elie 1992: Le colbertisme "high tech": Economie des Telecom et du Grand Projet, Paris: Hachette.
- Cohen, Samy 1998 (Hrsg.): Mitterrand et la sortie de la guerre froide, Paris: PUF.
- Cole, Alistair 1999: The *Service Public* under Stress, in: West European Politics, 22(4), Special Issue on "The Changing French Political System", S. 166-184.
- Contamin, Jean-Gabriel 2005: Les grèves de décembre 1995: un moment fondateur? in: Eric Agrikolansky/Olivier Filleule/Nonna Mayer (Hrsg.): L'altermondialisme en France. La longue histoire d'une nouvelle cause, Paris: Flammarion, S. 233-264.
- Crespy, Amandine 2008: Dissent over the European Constitutional Treaty within the French Socialist Party: Between Response to Anti-Globalization Protest and Intra-Party Tactics, in: French Politics, 6(1), S. 23-44.
- Delors, Jacques (mit Jean-Louis Arnaud) 2004: Mémoires, Paris: Plon.

- Deubner, Christian 1999: Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989-1997, in: Politische Studien, Nr. 363, 1999, S. 89-121.
- Dyson, Kenneth 1999: EMU and the Fifth Republic: "Craftsmen" of Discourse, in: Maggie Allison/Owen Heathcote (Hrsg.): Forty Years of the Fifth French Republic. Actions, Dialogues and Discourses, Bern u.a.: Peter Lang, S. 115-141.
- Goulard, Sylvie 2002: Frankreich und Europa. Die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft, in: Michael Meimeth/Joachim Schild (Hrsg.): Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration. Deutsche und französische Perspektiven, Opladen: Leske und Budrich, S. 173-95.
- Grunberg, Gérard/ Lequesne, Christian 2004: France: Une société méfiante, des élites sceptiques, in: Jacques Rupnik (Hrsg.): Les Européens face à l'élargissement: perceptions, acteurs, enjeux, Paris: Presses de Sciences Po, S. 49-63.
- Grunberg, Gérard/Zaki Laïdi 2007: Sortir du pessimisme social. Essai sur l'identité de la gauche, Paris: Hachette.
- Guérot, Ulrike 1996: Die PS und Europa. Eine Untersuchung der europapolitischen Programmatik der französischen Sozialisten 1971-1995, Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer.
- Harnisch, Sebastian 2006: Internationale Politik und Verfassung. Die Domestizierung der deutschen Sicherheits- und Europapolitik, Baden-Baden: Nomos (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 14).
- Hayward, Jack 1982: Mobilising private Interests in the Service of Public Ambitions: The Salient Element of the Dual Policy Style, in: Jeremy Richardson (Hrsg.): Policy Styles in Western Europe, London: Allen and Unwin, S. 111-140.
- Holm, Ulla 1996: The French Garden is no longer what it used to be, Copenhagen Peace Research Institut (COPRI), Working Paper 10/1996.
- Jachtenfuchs, Markus 2002: Die Konstruktion Europas: Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Baden-Baden: Nomos (Weltpolitik im 21. Jahrhundert; Bd. 9).
- Joas, Ralf 1996: Zwischen Nation und Europa. Die europapolitischen Vorstellungen der Gaullisten 1978-1994, Bochum: Universitätsverlag Brockmeyer.
- Lemaire-Prosche, Geneviève 1990: Le P.S. et l'Europe, Paris: Editions Universitaires.
- Lequesne, Christian 2006: Sur les craintes françaises d'une Europe espace, in: Esprit, Februar 2006, S. 28-35.
- Meunier, Sophie 2004: Globalization and Europeanization: A Challenge to French Politics, in: French Politics 2(2), S. 125-150.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking preferences seriously: A liberal theory of International Politics, in: International Organization, 51(4), S. 513-553.
- Moravcsik, Andrew 2003: Liberal International Relations Theory. A Scientific Assessment, in: Colin Elman/Miriam F. Elman (Hrsg.): Progress in International Relations Theory. Appraising the Field, Cambridge, MA: MIT Press, S. 159-204.
- Moreau Defarges, Philippe 2002: La France et l'Europe: l'inévitable débat, in: Politique étrangère, 67(4), S. 951-966.

- Moscovici, Pierre 2001: *L'Europe, une puissance dans la mondialisation*, Paris: Seuil.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2004a: *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2004b: *Deutsch-französische Irakpolitik – Katalysator für die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik?* in: Reinhard Meier-Walser (Hrsg.): *Gemeinsam sicher? Vision und Realität europäischer Sicherheitspolitik*, Neuried: ars una Verlagsgesellschaft, S. 157-173.
- Parsons, Craig 2003: *A certain idea of Europe*, Ithaca: Cornell University Press.
- Péan, Pierre (2007): *L'inconnu de l'Elysée*, Paris: Fayard.
- Reynié, Dominique 2005: *Le vertige social-nationaliste. La gauche du non*, Paris: La Table Ronde.
- Risse, Thomas 2001: *A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities*, in: Maria Green Cowles /James Caporaso/Thomas Risse (Hrsg.): *Europeanization and Domestic Change* (Ithaca NY: Cornell University Press, 2001), S. 217-237.
- Risse-Kappen, Thomas 1991: *Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies*, in: *World Politics*, 43 (July 1991) 4, S. 479-512.
- Rosanvallon, Pierre 1995: *Faire l'histoire du politique*, in: *Esprit*, Nr. 209 (Februar), S. 25-42.
- Ross, George 1998: *The Euro, The "French Model of Society", and French Politics*, in: *French Politics & Society*, 16(4), S. 1-16.
- Ross, George 2006: *Danger, One EU Crisis May Hide Another: Social Model Anxieties and Hard Cases*, in: *Comparative European Politics*, 4(4), S. 309-330.
- Sauger, Nicolas/Brouard, Silvain/Grossman, Emiliano: *Les Français contre l'Europe? Le sens du référendum du 29 mai 2005*, Paris: Presses de Sciences Po.
- Scharpf, Fritz W. 1999: *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt a.M./ New York: Campus.
- Schild, Joachim 1994: *La France, l'Allemagne et l'élargissement de l'Union européenne aux pays de l'AELE*. In: *Relations internationales et stratégiques*, Jg. 1994, H.15, S. 48-62.
- Schild, Joachim 2001: *National vs. European Identities? French and Germans in the European Multi-Level System*, in: *Journal of Common Market Studies*, 39(2), S. 331-351.
- Schild, Joachim 2005: *Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum*, In: *Integration*, 28. Jg., H. 3/2005, S. 187-200.
- Schild, Joachim/Simon, Julia 2007: *Welches Europa soll es sein? Europapolitik im französischen Präsidentschaftswahlkampf*, *Arbeitspapiere zur Europäischen Integration / Working Papers on European Integration Nr. 1 – April 2007*, hrsg. von der Universität Trier / Politikwissenschaft (Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre) und der Europäischen Akademie Otzenhausen gGmbH, 18 S., in: <http://www.politik.uni-trier.de/mitarbeiter/schild/pubs/Arbeitspapiere%20Europaeische%20Integration%20%201-07.pdf>.

- Schmidt, Vivian A. 1997: Discourse and (Dis)Integration in Europe: The Cases of France, Germany, and Great Britain, in: *Daedalus*, 126. Jg. Nr. 3 (Summer 1997), S. 167-196.
- Schwarzer, Daniela 2005: Vom Umgang mit der Europa-Malaise. Frankreichs Europapolitik nach dem Verfassungsreferendum, in: *Internationale Politik*, Nr. 5, S. 62-68.
- de la Serre, Françoise 2004: La France et l'élargissement à l'Est de l'Union européenne, in: *Annuaire Français des Relations Internationales*, volume V, S. 506-517.
- Stahl, Bernhard 2006: Französische Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT, Baden-Baden: Nomos.
- Stahl, Bernhard 2007: Bedrohung versus Chance – „Europa“ in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs, in : *Frankreich-Jahrbuch 2006*, S. 145-182.
- de Villepin, Dominique 2006: Europa braucht Grenzen, in: *Europäische Rundschau*, 34. Jg., Nr. 1, S. 15-23.
- Védrine, Hubert 2004: Pour une Europe puissance, Entretien avec Hubert Védrine, in: *Politique internationale*, Nr. 106 (Winter 2004-2005), S. 205-224.
- Wielgoß, Tanja 2002: PS und SPD im europäischen Integrationsprozess. Vergleich der Europapositionen und Analyse der Interaktionsstrukturen der französischen und deutschen Sozialdemokraten 1989 bis 2001, Baden Baden: Nomos (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft. 7).